

**Reise ins Ungewisse**

Eine Dokumentation des Beitrags  
von Prof. Dr. Renate Köcher  
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung  
Nr. 279 vom 30. November 2018

## INHALT

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 279 vom 30. November 2018, S. 8, unter dem Titel:

"Reise ins Ungewisse. Aus Stärke wird Schwäche. Galt noch bis 2017 die Stabilität als Markenzeichen Deutschlands, so ist dieses Gefühl jetzt dahin."

## TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Stärken und Schwächen Deutschlands
	A	2	Verfall der Potentiale der Volksparteien - aber gegenläufige Tendenz bei den Grünen
	A	3	Ende der Volksparteien?
	A	4	Folgen der Schwächung der Volksparteien
	A	5	Welche Folgen haben schwache Volksparteien?
	A	6	Zunahme politischer Optionen reizvoll ...
	A	7	... besonders aus der Sicht Jüngerer
	A	8	Bedauern über die Schwäche der SPD vor allem bei den Älteren
	A	9	Favorisierte Koalitionsvarianten
	A	10	Große Koalition beibehalten?
	A	11	Selbst die Anhänger der FDP zweifeln an ihrer Partei
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Verlust an Stabilität
		2	Skepsis in Bezug auf die Zukunft der Volksparteien
		3	Koalitionspräferenzen
		4	Bereit für Verantwortung
		5	Innerparteiliche Konflikte

**Originalmanuskript**

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

## Reise ins Ungewisse

In Italien ist die Zeit lange vorbei, in der die Democrazia Cristiana das politische Leben dominierte, und die Zukunft des Landes unter den erstarkten neuen Parteien ist mehr denn je ungewiss. In Frankreich wurden bei der Wahl im letzten Jahr die Parteien, die die Politik des Landes über Jahrzehnte dominierten, marginalisiert. In Österreich gelang die Stabilisierung der ÖVP nur durch die Umwidmung in eine auf eine Person zugeschnittene Liste. In Schweden gelingt es seit der letzten Wahl bisher nicht, ein Regierungsbündnis zustande zu bringen, da es keine stabile Mehrheit programmatisch "verwandter" Parteien mehr gibt.

Und nun Deutschland. Lange Zeit schien Deutschland von unerschütterlicher Stabilität, ein Fels in der Brandung europäischer Umwälzungen. Die große Mehrheit der Bürger empfand dies auch so, bewertete die politische Stabilität und das gesamte politische System als besondere Stärke des Landes. Diese beruhigte Bilanz ist Geschichte: Der Anteil, der die politische Stabilität als besondere Stärke des Landes empfindet, ist seit dem letzten Jahr von 72 auf 46 Prozent abgestürzt, während mittlerweile knapp die Hälfte die unzureichen-

Schaubild 1

de politische Stabilität als besondere Schwäche Deutschlands bewertet. Auch das Vertrauen in das politische System hat gelitten. Tabelle A 1

Das Ergebnis der letzten Bundestagswahl, die gescheiterten Jamaika-Verhandlungen und der mühsame, immer wieder von innerparteilichen und innerkoalitionären Streitigkeiten gestörte Regierungsalltag der großen Koalition lassen immer mehr Bürger zweifeln, ob von den Volksparteien noch Handlungsstärke und Stabilität zu erwarten sind. Die Schwächung der Volksparteien ist in eine neue Phase eingetreten. Die letzten Jahre waren von deutlichen Verlusten bei der Bundestagswahl und den meisten Regionalwahlen geprägt, aber gleichzeitig weitgehend stabilen Potentialen der Volksparteien. Auf die Frage, welche Parteien bei der nächsten Bundestagswahl persönlich in Frage kommen, nannten über die letzten anderthalb Jahrzehnte hinweg immer mehr als 40 Prozent der Wahlberechtigten auch die CDU/CSU, lediglich Anfang 2016 sackte dieser Anteil kurzfristig steil ab. Noch Ende 2017 und im Frühjahr dieses Jahres kamen die Unionsparteien für 44 bzw. 42 Prozent der Wahlberechtigten bei der nächsten Abstimmung in Betracht. Genauso lagen die Potentiale der SPD in den letzten Jahren – ebenfalls mit Ausnahme von 2016 – immer über 30 Prozent, so im März dieses Jahres noch bei 32 Prozent. Die Beziehung der Bürger zu den Volksparteien war noch von den jahrzehntelangen Bindungen geprägt, doch gelang es den Volksparteien immer weniger, diese Bindungen zu mo-

bilisieren und ihre Potentiale auszuschöpfen.

In den letzten Monaten sind jedoch diese seit Langem weitgehend stabilen Potentiale geradezu erdrutschartig verfallen – bei der CDU/CSU seit März von 42 auf 34 Prozent, bei der SPD von 32 auf 23 Prozent. Die Auseinandersetzungen vom Sommer in und zwischen den Volksparteien haben tiefe Spuren hinterlassen. Gegenläufig nahm der Anteil der Bürger, für die die Grünen bei der nächsten Bundestagswahl in Betracht kommen, von 25 auf 37 Prozent zu.

Tabelle A 2

Immer mehr haben die Bürger den Eindruck, dass auch in Deutschland die Zeit der großen Volksparteien vorbei ist. Mittlerweile glauben dies 61 Prozent, nur noch 14 Prozent halten dagegen. Selbst wenn dieser Prognose das Argument entgegengesetzt wird, dass die Unionsparteien und die SPD immer wieder Schwächephasen hatten und sich danach wieder erholten, bleibt die Mehrheit bei ihrer Einschätzung, dass die Volksparteien nie wieder zu alter Stärke zurückfinden werden.

Tabelle A 3

Schaubild 2

Gleichzeitig ist nur eine kleine Minderheit überzeugt, dass diese Entwicklung dem Land guttut. Ganze 15 Prozent vertreten diese Position, während 42 Prozent fürchten, dass die Schwächung der Volksparteien für Deutschland negative Folgen haben wird. Politisch Interessierte sehen die Konsequenzen für das Land kritischer als Desinteressierte, Westdeutsche kritischer als Ostdeutsche, die über 45-Jährigen mehr als die Jüngeren. Ein bemerk-

Tabelle A 4

kenswert großer Anteil, 43 Prozent der Bürger, bezieht hier jedoch nicht Stellung bzw. traut sich kein eindeutiges Urteil zu.

Dies ist insofern bemerkenswert, da die überwältigende Mehrheit sehr klare Vorstellungen von den Konsequenzen hat, sollte es künftig in Deutschland keine starken Volksparteien mehr geben. So sind 76 Prozent überzeugt, dass eine Regierungsbildung immer schwieriger wird, wenn die beiden Volksparteien an Unterstützung verlieren. 63 Prozent erwarten, dass bei Koalitionsverhandlungen immer mehr Kompromissbereitschaft der beteiligten Parteien notwendig sein wird. Die Mehrheit geht daher auch davon aus, dass es immer schwieriger wird, politische Reformen umzusetzen, dass extreme Parteien gestärkt werden und Koalitionen weniger stabil sind. In dieser Einschätzung stimmen Ost und West und auch die verschiedenen Generationen weitgehend überein.

Tabelle A 5

Trotzdem schließen sich nur 40 Prozent der Wertung an, dass Deutschland in den letzten Jahrzehnten mit zwei starken Volksparteien, die über lange Zeit Regierungen sicher stellen konnten, gut gefahren ist und ihre Schwächung daher bedenklich. Eine relative Mehrheit von 47 Prozent hält dagegen, dass eine Auffächerung des Parteienspektrums zu Lasten der Stärke der Volksparteien die Demokratie bereichert und den Wählern mehr Optionen bietet. In Ostdeutschland vertreten 57 Prozent diese Position, von den politisch interessierten Bevölkerungskreisen ebenfalls die absolute Mehrheit. Sehr differenziert sehen die verschiedenen Generationen diese Ent-

Tabelle A 6



wicklung: Von den 60-Jährigen und Älteren, die über Jahrzehnte an starke Volksparteien gewöhnt waren, zieht die Mehrheit die Bilanz, dass Deutschland damit gut gefahren ist, von den unter 45-Jährigen dagegen nur gut jeder Vierte. Bei der Mehrheit der Jüngeren sticht dagegen das Argument der Vermehrung politischer Optionen und die Überzeugung, dass dies die Demokratie bereichert.

Tabelle A 7

Wie die Fragen auch gestellt werden, immer liegt der Anteil der Bürger, die die Schwächung der Volksparteien mit Sorge sehen, um die 40 Prozent. Das gilt auch, wenn speziell die Entwicklung der SPD angesprochen wird. 39 Prozent der Bevölkerung bedauern die Schwächung der SPD, von den 60-Jährigen und Älteren 46 Prozent, von den unter 30-Jährigen 28 Prozent.

Tabelle A 8

Es ist bemerkenswert, wie viele Bürger zwischen der positiven Bewertung der Vermehrung politischer Optionen und der kritischen Einschätzung der Folgen für die politische Stabilität und die Handlungs- und Regierungsfähigkeit trennen. Die große Mehrheit erwartet konkrete Folgen der Schwächung der Volksparteien, die sie eigentlich nicht möchte, und trotzdem hält sich die Besorgnis über die weitere Entwicklung in Grenzen.

Besonders deutlich wird dieser Widerspruch bei der Einschätzung der künftigen Koalitionsmöglichkeiten. Die überwältigende Mehrheit geht nicht nur davon aus, dass die Regierungsbildung künftig immer schwieriger und Koalitionsverhandlungen mühsamer werden, son-

dem erwartet auch Koalitionen, die aus mehr Parteien bestehen als bisher. Zwei Drittel gehen davon aus, dass künftig mindestens drei Parteien für eine Regierungsbildung benötigt werden. Gleichzeitig entspricht dies überhaupt nicht den Idealvorstellungen der großen Mehrheit. 52 Prozent halten eine Koalition aus einer großen Partei mit einem kleineren Partner für die beste Konstellation, 13 Prozent sogar die absolute Mehrheit einer Partei. Lediglich 18 Prozent präferieren eine Koalition aus mehreren Parteien, von denen keine eine dominierende Rolle einnimmt. Bei dieser Frage sind sich Ost und West weitgehend einig wie auch die Generationen. Auch von den unter 30-Jährigen und mehr noch den 30- bis 44-Jährigen favorisiert die Mehrheit eine Koalition aus einem kleinen Partner und einer starken Volkspartei oder sogar die Alleinregierung einer einzelnen Partei.

Tabelle A 5

Schaubild 3

Tabelle A 9

Auch die Haltung zu einem neuen Versuch, eine Jamaika-Koalition zustande zu bringen, zeugt von der begrenzten Attraktivität komplexerer Bündnisse. Trotz der immer wieder neu aufflammenden Kontroversen in der großen Koalition wünschen sich nur 20 Prozent der Bürger, dass an ihre Stelle ein Jamaika-Bündnis aus CDU/CSU, Grünen und FDP tritt. Auch von den Anhängern von Grünen und FDP kann sich nur eine Minderheit für diese Konstellation erwärmen. Von den Anhängern von SPD und CDU/CSU plädiert die Mehrheit für die Fortführung der großen Koalition bis zur nächsten Bundestagswahl.

Tabelle A 10

Dass Jamaika kaum als akzeptable Alternative gesehen wird, hat auch mit dem Ausstieg der FDP am Ende der Verhandlungen zu tun. Bei den Bürgern ist anders als in Bezug auf die Grünen der Eindruck geblieben, dass die Liberalen zumindest im Augenblick keine Regierungsverantwortung anstreben. Nach dem Eindruck der Mehrheit gibt es zurzeit nur drei Parteien, die bereit sind zu regieren, die CDU/CSU, die SPD und die Grünen. Während 61 Prozent der Bürger überzeugt sind, dass die Grünen Regierungsverantwortung übernehmen wollen, glauben dies in Bezug auf die FDP nur 38 Prozent. Selbst von den Anhängern der Liberalen zweifelt die Mehrheit, ob ihre favorisierte Partei bereit ist, Verantwortung zu übernehmen.

Schaubild 4

Tabelle A 11

Bei CDU/CSU und SPD zweifelt die Mehrheit zwar nicht an der Bereitschaft, Regierungsverantwortung zu tragen, aber an der Geschlossenheit, die eine wesentliche Voraussetzung für effizientes Regieren ist. Besonders die Unionsparteien werden zurzeit als völlig zerstritten wahrgenommen. 76 Prozent assoziieren sie mit häufigen innerparteilichen Konflikten, 53 Prozent fällen dieses Urteil in Bezug auf die Sozialdemokraten. Als am wenigsten zerstritten gelten FDP und Grüne, die gerade einmal von 2 bis 3 Prozent der Bürger mit innerparteilichen Kontroversen assoziiert werden. Damit sind die Grünen die einzige Partei, der zurzeit Geschlossenheit und Bereitschaft zur Übernahme von Regierungsverantwortung zugeschrieben werden. Dies ist eine wesentli-

Schaubild 5

che Ursache ihrer jüngsten Erfolge. Ob diese nachhaltig sind, hängt jedoch auch von der weiteren Entwicklung von Unionsparteien und SPD ab, vor allem davon, ob sie wieder mehr zu Geschlossenheit in Bezug auf Programm und Personen finden.

Zurzeit ist völlig offen, wie sich die politische Landschaft in den nächsten Jahren entwickeln wird. Diese Unsicherheit bedeutet nicht nur eine Belastung für Deutschland, sondern auch für Europa, das auf eine handlungsfähige, stabile und geschlossene deutsche Regierung wartet.

## UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1242
Befragungszeitraum:	2. November bis 15. November 2018
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

## **Anhangtabellen**

Stärken und Schwächen Deutschlands

Tabelle A 1  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Jedes Land hat ja seine Stärken und Schwächen. Wenn Sie sich bitte einmal diese Karten hier durchsehen: Was davon ist Ihrer Meinung nach in Deutschland gut, was ist also eher eine Stärke Deutschlands, und was ist in Deutschland Ihrer Meinung nach nicht so gut, was ist eher eine Schwäche? Karten, bei denen Sie sich nicht entscheiden können, legen Sie bitte beiseite." (Kartenspiel- und Bildblattvorlage)

Bevölkerung insgesamt

	Stärken Deutschlands			Schwächen Deutschlands		
	2015 %	2017 %	2018 %	2015 %	2017 %	2018 %
Der Lebensstandard, die Lebensqualität.....	86	83	79	13	15	15
Die Qualität der beruflichen Ausbildung .....	85	84	78	14	14	15
Die Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer .....	58	56	58	41	41	34
<b>Das politische System .....</b>	<b>62</b>	<b>62</b>	<b>49</b>	<b>36</b>	<b>35</b>	<b>39</b>
<b>Die politische Stabilität .....</b>	<b>81</b>	<b>72</b>	<b>46</b>	<b>17</b>	<b>25</b>	<b>46</b>
Wie der Staat die Bürger vor Verbrechen und Terrorismus schützt.....	59	39	46	39	57	43
Wie persönliche Daten und Persönlichkeitsrechte der Bürger geschützt werden .....	25	41	41	74	55	46
Wie gut Familie und Beruf vereinbar sind .....	32	33	35	67	64	55
Die Toleranz gegenüber Minderheiten .....	32	42	33	67	55	53
Das Pflegesystem, die Versorgung pflegebedürftiger Menschen .....	28	28	18	71	70	78
Die Verteilung von Einkommen und Vermögen .....	14	11	11	85	86	81

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7226, 7258 und 11095

Verfall der Potentiale der Volksparteien -  
aber gegenläufige Tendenz bei den Grünen

Tabelle A 2  
Bundesrepublik Deutschland  
Wahlberechtigte

FRAGE: "Welche Partei oder welche Parteien kämen für Sie bei der nächsten Bundestagswahl in Frage, welche könnten Sie sich vorstellen zu wählen?"

	Wahlberechtigte	
	März 2018	November 2018
<span style="border: 1px solid black; padding: 2px;">Auszug aus den Vorgaben</span>	%	%
CDU/CSU .....	42	34
SPD .....	32	23
Bündnis 90/Die Grünen .....	25	37

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11083 und 11095



Ende der Volksparteien?

Tabelle A 3  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Neulich sagte jemand: 'Ich habe den Eindruck, dass die Zeit der großen Volksparteien vorbei ist. Die CDU und die SPD werden nie wieder so stark werden wie früher.' Glauben Sie das auch, oder glauben Sie das nicht?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Glaube das auch.....	61
Glaube das nicht.....	14
Unentschieden, schwer zu sagen.....	25
	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11094, Oktober 2018

Folgen der Schwächung der Volksparteien

Tabelle A 4  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn die großen deutschen Volksparteien, also die SPD und die CDU immer mehr Wähler verlieren: Ist diese Entwicklung schlecht für unser Land, oder ist das gut für unser Land?"

	Ist schlecht für unser Land	Ist gut für unser Land	Unent- schieden	Weiß nicht	Summe
	%	%	%	%	%
Bevölk. insg. ....	42	15	28	15	100
Westdeutschland .....	43	14	28	15	100
Ostdeutschland.....	35	20	30	15	100
Politisch interessiert.....	46	17	29	8	100
Politisch desinteressiert.....	37	14	27	22	100
Altergruppen					
16-29 Jahre.....	25	15	34	26	100
30-44 Jahre .....	37	19	29	15	100
45-59 Jahre .....	46	14	30	10	100
60 Jahre und älter.....	50	14	23	13	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11094, Oktober 2018

Welche Folgen haben schwache Volksparteien?

Tabelle A 5  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was glauben Sie, was passiert, wenn die beiden Volksparteien immer mehr Wählerstimmen verlieren? Welche Folgen wird das Ihrer Meinung nach haben?" (Listenvorlage)

	Bevölkerung			Altersgruppen			
	insg.	West	Ost	16-29	30-44	45-59	60 Jahre
	%	%	%	Jahre	Jahre	Jahre	u. älter
	%	%	%	%	%	%	%
<b>Auszug aus den Vorgaben</b>							
Es wird immer schwieriger werden, eine Regierung zu bilden.....	76	77	72	69	68	77	83
Eine Koalition aus zwei Parteien wird kaum noch möglich sein, es werden mindestens drei Parteien für eine Regierung benötigt .....	67	68	64	61	71	68	67
In Koalitionsverhandlungen müssen die Parteien noch kompromissbereiter sein.....	63	64	60	53	67	64	65
Es wird schwieriger werden, größere politische Reformen umzusetzen.....	59	60	54	52	57	57	63
Extreme Parteien werden gestärkt.....	54	56	46	50	48	59	55
Die Regierungskoalitionen werden weniger stabil sein.....	54	54	53	46	46	59	58

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11095, November 2018

FRAGE: "Die Volksparteien CDU und SPD verlieren ja immer mehr Wähler, dafür werden kleinere Parteien stärker, und es kommen neue Parteien hinzu. Über diese Entwicklung unterhalten sich hier zwei. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?"

	Bevölkerung			Politisch	
	insg.	West	Ost	in-	des-
	%	%	%	teressiert	interessiert
				%	%
"Ich halte es für bedenklich, dass wir heute nicht mehr zwei große Volksparteien haben, die deutlich stärker sind als die anderen Parteien. Diese Volksparteien haben über viele Jahrzehnte für stabile Regierungen gesorgt. Das hat sich in Deutschland bewährt." .....	40	42	32	39	42
"Das sehe ich anders. Wenn nicht mehr zwei große Parteien die Politik dominieren, bereichert das die Demokratie, weil es mehr Koalitionsmöglichkeiten gibt und man als Wähler mehr Möglichkeiten hat, zwischen denen man sich entscheiden kann." .....	47	44	57	50	43
Unentschieden.....	13	14	11	11	15
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11095, November 2018

... besonders aus der Sicht Jüngerer

Tabelle A 7  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Die Volksparteien CDU und SPD verlieren ja immer mehr Wähler, dafür werden kleinere Parteien stärker, und es kommen neue Parteien hinzu. Über diese Entwicklung unterhalten sich hier zwei. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?"

	Bevölk. insg.  %	Altersgruppen			
		16-29 Jahre  %	30-44 Jahre  %	45-59 Jahre  %	60 Jahre u.älter  %
"Ich halte es für bedenklich, dass wir heute nicht mehr zwei große Volksparteien haben, die deutlich stärker sind als die anderen Parteien. Diese Volksparteien haben über viele Jahrzehnte für stabile Regierungen gesorgt. Das hat sich in Deutschland bewährt." .....	40	27	27	40	55
"Das sehe ich anders. Wenn nicht mehr zwei große Parteien die Politik dominieren, bereichert das die Demokratie, weil es mehr Koalitionsmöglichkeiten gibt und man als Wähler mehr Möglichkeiten hat, zwischen denen man sich entscheiden kann." .....	47	58	57	48	34
Unentschieden .....	13	15	16	12	11
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11095, November 2018

Bedauern über die Schwäche der SPD vor allem bei den Älteren

Tabelle A 8  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Vor allem die SPD hat in den vergangenen Jahren massiv an Zustimmung verloren. Bedauern Sie diese Entwicklung der SPD, oder bedauern Sie das nicht?"

	Bevöl. insg.  %	Altersgruppen			
		16-29 Jahre %	30-44 Jahre %	45-59 Jahre %	60 Jahre u. älter %
Bedaure das .....	39	28	36	39	46
Bedaure das nicht .....	41	39	42	45	39
Unentschieden .....	20	33	22	16	15
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11095, November 2018

Favorisierte Koalitionsvarianten

Tabelle A 9  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was finden Sie ganz generell am besten: Wenn eine Partei alleine mit absoluter Mehrheit regiert, oder wenn eine starke Partei mit einer kleineren Partei mit deutlich weniger Stimmen die Regierung bildet, oder wenn sich eine Koalition aus mehreren kleineren Parteien bildet, von denen keine wesentlich stärker ist als die anderen?"

	Bevölkerung			Altersgruppen			
	insg.	West	Ost	16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre u. älter
	%	%	%	%	%	%	%
Eine Partei allein.....	13	13	14	13	14	12	15
Starke Partei mit kleinerer Partei.....	52	54	47	43	52	54	56
Mehrere kleinere Parteien.....	18	17	21	19	16	19	17
Anderes.....	1	1	x	2	2	x	1
Unentschieden.....	16	15	18	23	16	15	11
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

x = unter 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11095, November 2018

Große Koalition beibehalten?

Tabelle A 10  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es wird ja immer wieder in Frage gestellt, ob die große Koalition noch knapp drei Jahre bis zur nächsten Bundestagswahl fortbesteht. Einmal ganz allgemein gefragt, was wäre Ihnen lieber: Wenn die große Koalition bis zur nächsten Bundestagswahl weiter regiert, oder wenn die große Koalition von einer sogenannten Jamaika-Koalition aus CDU/CSU, FDP und den Grünen abgelöst wird und diese Koalition bis zur nächsten Bundestagswahl regiert?"

	Bevölk. insg.  %	Anhänger der -					
		CDU/ CSU %	SPD %	FDP %	B.90/ Grüne %	DIE LINKE %	AfD %
Große Koalition .....	36	51	53	26	22	28	15
Jamaika-Koalition .....	20	16	13	29	34	26	10
Unentschieden .....	44	33	34	45	44	46	75
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11095, November 2018



Selbst die Anhänger der FDP zweifeln an ihrer Partei

Tabelle A 11  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Einmal unabhängig davon, welche Parteien gerade die Regierung stellen, wie ist ganz generell Ihr Eindruck: Welche Parteien in Deutschland möchten gerne regieren, welche würden gerne Regierungsverantwortung übernehmen?"

	Bevölk. insg.	Anhänger der FDP
	%	%
<div data-bbox="231 1010 528 1048" style="border: 1px solid black; padding: 2px;">Auszug aus den Angaben</div>		
Die FDP .....	38	45

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11095, November 2018

Zweitstimmen

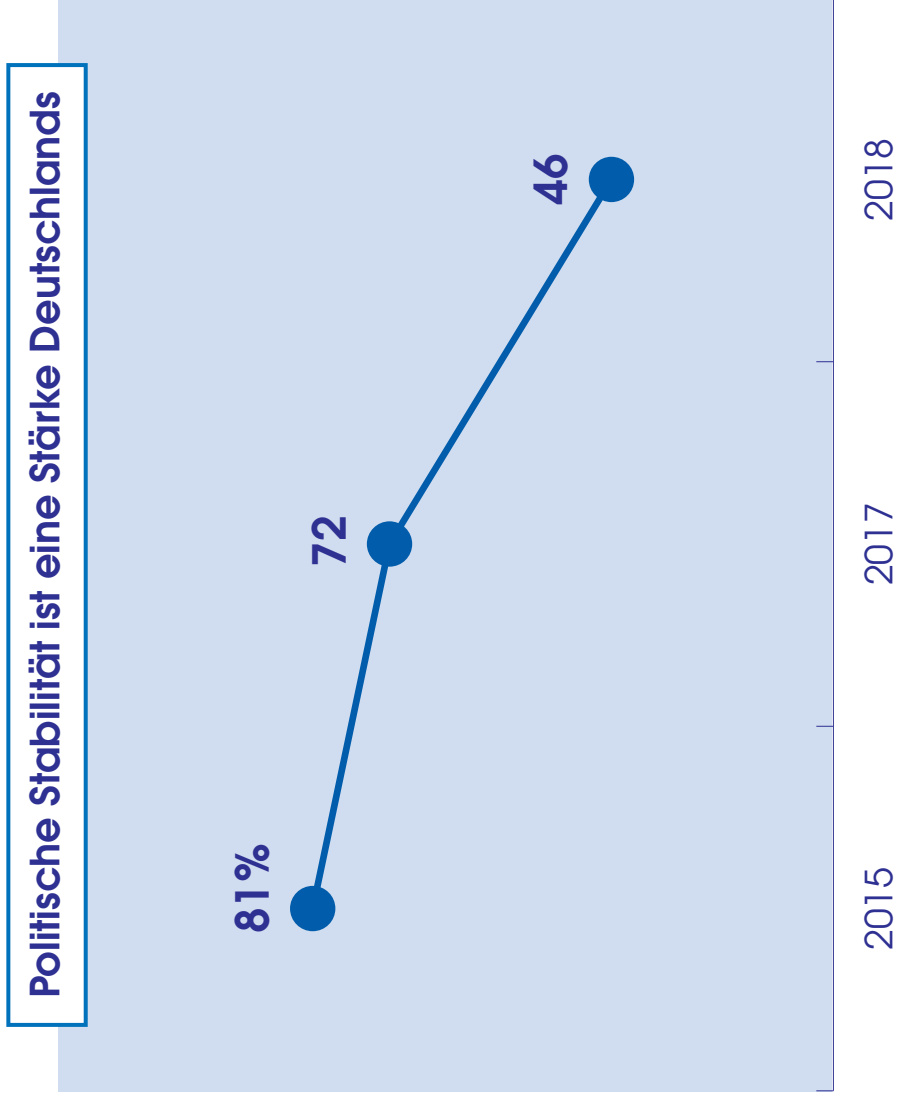
Gesamtdeutschland

	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
<b>Bundestagswahl</b>							
27.9.2009 .....	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
<b>Bundestagswahl</b>							
22.9.2013 .....	41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013: Jahresdurchschnitt	39,5	5,5	26,0	12,5	7,5	-	9,0
2014: Jahresdurchschnitt	40,5	4,0	26,0	10,0	8,5	6,0	5,0
2015: Jahresdurchschnitt	40,0	5,0	26,0	10,0	9,0	5,5	4,5
2016: Jahresdurchschnitt	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	11,0	4,5
<b>Bundestagswahl</b>							
24.9.2017 .....	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
2018: 5. bis 18. Januar	34,0	10,0	21,0	10,5	8,5	12,0	4,0
2. - 15. Februar	32,0	11,0	17,5	12,0	9,5	13,0	5,0
2. - 15. März	34,0	10,0	19,0	11,0	10,0	12,5	3,5
3. - 17. April	34,0	10,0	20,5	11,0	9,0	12,0	3,5
24. April - 8. Mai	34,0	9,0	20,0	11,0	10,0	11,5	4,5
1. - 13. Juni	33,0	9,5	21,0	11,0	9,5	13,0	3,0
1. - 12. Juli	30,5	9,5	20,0	12,0	9,0	15,0	4,0
27. Juli - 9. Aug.	31,0	9,0	20,0	12,5	9,0	14,5	4,0
1. - 13. September	31,5	8,5	19,5	12,5	9,0	15,0	4,0
28. Sept.-11. Okt.	29,0	8,5	19,0	15,0	9,0	15,0	4,5
2. - 15. November	28,0	9,5	17,0	19,0	9,0	13,5	4,0

Befragt wurden insgesamt 1.242 Personen

## **Schaubilder**

# Verlust an Stabilität



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7226, 7258 und 11095

# Skepsis in Bezug auf die Zukunft der Volksparteien

Bevölkerung  
insgesamt

%

**"Ich habe den Eindruck, dass die Zeit der großen Volksparteien vorbei ist. CDU und SPD werden nie wieder so stark werden wie früher."**

**57**

**"Das sehe ich anders. CDU und SPD hatten in ihrer Geschichte immer wieder Schwächephasen. Auch diese Schwächephase wird vorübergehen, und die Volksparteien werden sich wieder erholen."**

**26**

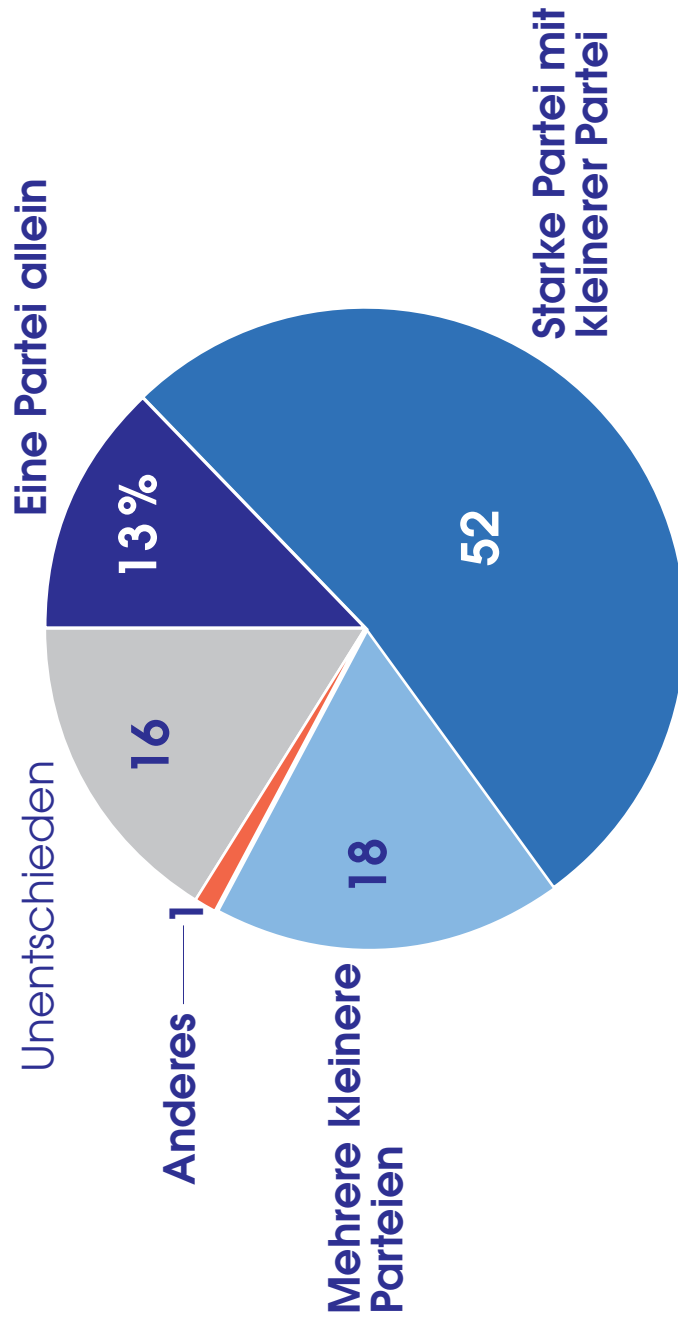
Unentschieden

**17**

**100**

# Koalitionspräferenzen

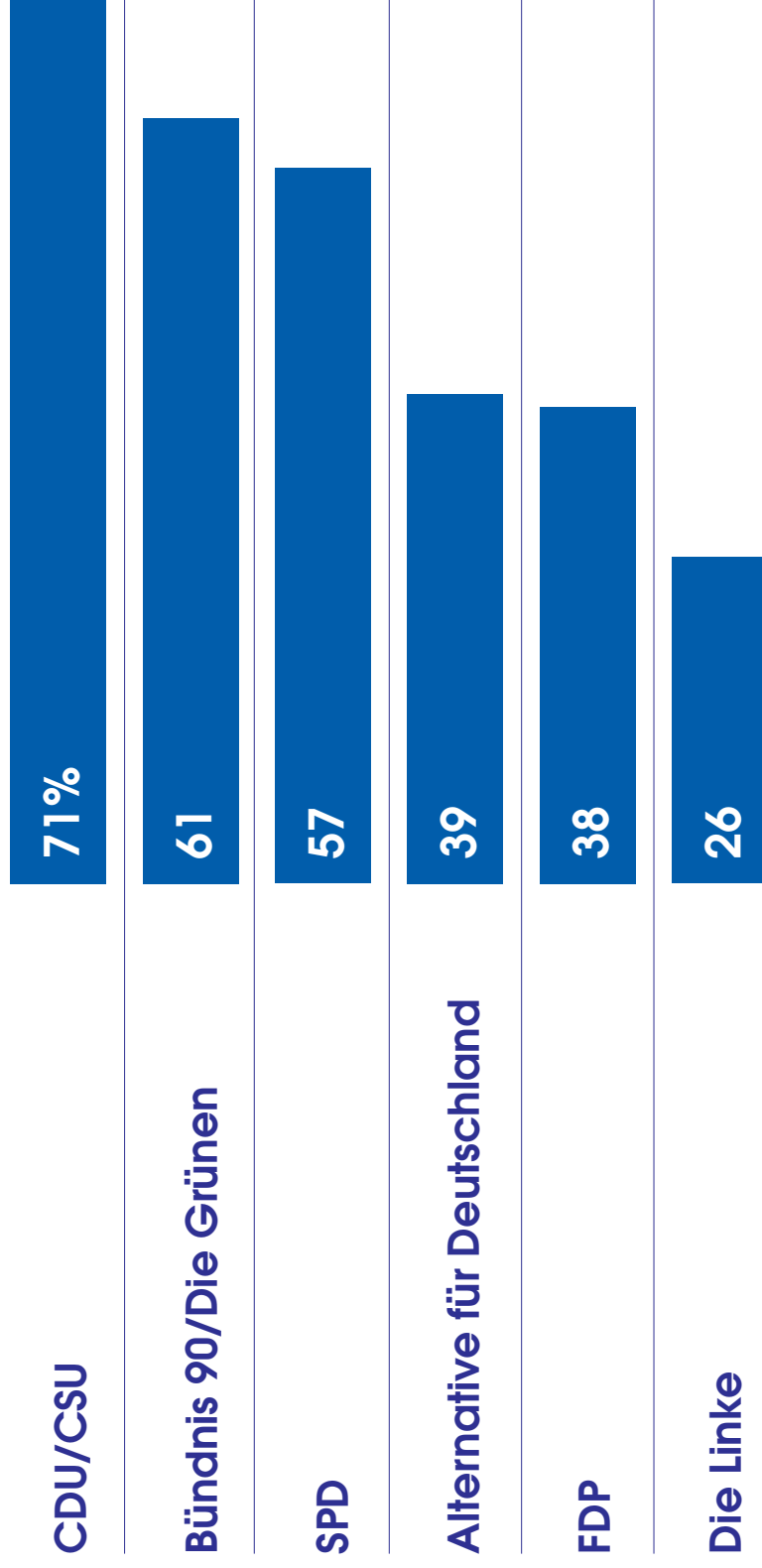
Frage: "Was finden Sie ganz generell am besten: Wenn eine Partei alleine mit absoluter Mehrheit regiert, oder wenn eine starke Partei mit einer kleineren Partei mit deutlich weniger Stimmen die Regierung bildet, oder wenn sich eine Koalition aus mehreren kleineren Parteien bildet, von denen keine wesentlich stärker ist als die anderen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11095

# Bereit für Verantwortung

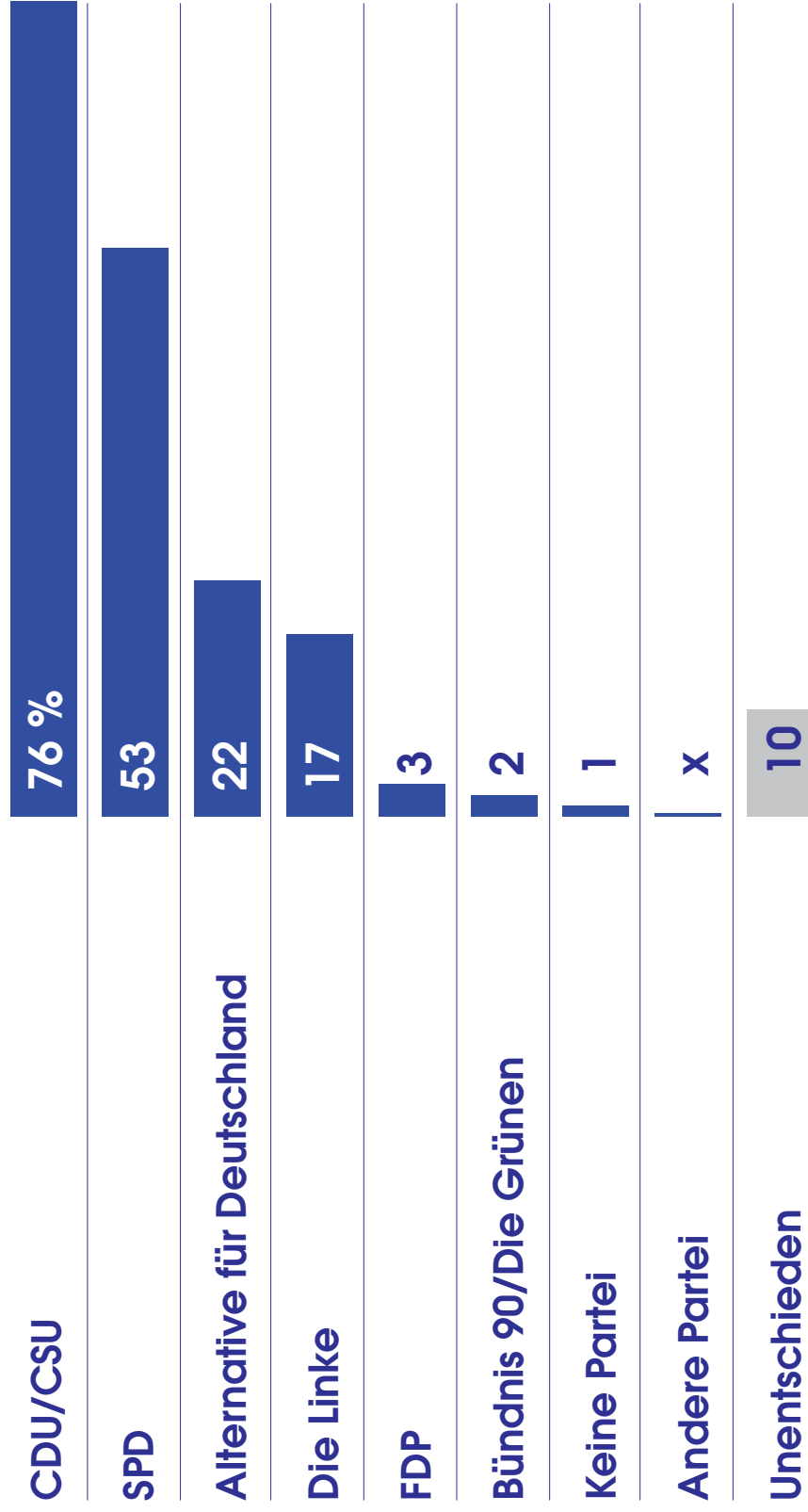
Frage: "Einmal unabhängig davon, welche Parteien gerade die Regierung stellen, wie ist ganz generell Ihr Eindruck: Welche Parteien in Deutschland möchten gerne regieren, welche würden gerne Regierungsverantwortung übernehmen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage T 1095

# Innerparteiliche Konflikte

Frage: "Welche Parteien sind derzeit besonders zerstritten? Wo kommt es derzeit besonders zu innerparteilichen Konflikten?"



x = weniger als 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11095



Veröffentlichung in der  
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 279  
vom 30. November 2018, S. 8, unter dem Titel:

"Reise ins Ungewisse. Aus Stärke wird Schwäche.  
Galt noch bis 2017 die Stabilität als Markenzeichen  
Deutschlands, so ist dieses Gefühl jetzt dahin."

## DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

# Reise ins Ungewisse



Aus Stärke wird Schwäche. Galt noch bis 2017 die Stabilität als Markenzeichen Deutschlands, so ist dieses Gefühl jetzt dahin.

Von Prof. Dr. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

In Italien ist die Zeit lange vorbei, in der die Democrazia Cristiana das politische Leben dominierte. Die Zukunft des Landes unter den erstarkten neuen Parteien ist mehr denn je ungewiss. In Frankreich wurden im vergangenen Jahr die Parteien, die die Politik des Landes über Jahrzehnte dominiert hatten, marginalisiert. In Österreich gelang die Stabilisierung der ÖVP nur durch die Umwidmung in eine auf eine Person zugeschnittene Liste. In Schweden ist es bisher nicht gelungen, ein Regierungsbündnis zustande zu bringen, da es eine stabile Mehrheit programmatisch „verwandter“ Parteien nicht mehr gibt.

Und nun Deutschland. Lange Zeit schien Deutschland von unerschütterlicher Stabilität. Die große Mehrheit der Bürger empfand dies auch so, bewertete die politische Stabilität und das gesamte politische System als besondere Stärke des Landes. Diese Bilanz ist Geschichte: Der Anteil, der die politische Stabilität als besondere Stärke des Landes empfindet, ist seit dem vorigen Jahr von 72 auf 46 Prozent abgestürzt, während mittlerweile knapp die Hälfte die unzureichende politische Stabilität als besondere Schwäche Deutschlands sieht. Auch das Vertrauen in das politische System hat gelitten.

Das Ergebnis der Bundestagswahl, die gescheiterten Jamaika-Verhandlungen und der mühsame, immer wieder von innerparteilichen und innerkoalitionären Streitigkeiten gestörte Regierungsalltag der großen Koalition lassen immer mehr Bürger zweifeln, ob von den Volksparteien noch Handlungsstärke und Stabilität zu erwarten sind. Die Schwächung der Volksparteien ist in eine neue Phase ein-

Erst in diesem Jahr ist das Wählerpotential der beiden Volksparteien dramatisch zurückgegangen.

getreten. Die vergangenen Jahre waren von deutlichen Verlusten bei der Bundestagswahl und den meisten Regionalwahlen geprägt, aber gleichzeitig weitgehend stabilen Potentialen der Volksparteien. Auf die Frage, welche Parteien bei der nächsten Bundestagswahl persönlich in Frage kommen, nannten über die vergangenen anderthalb Jahrzehnte hinweg immer mehr als 40 Prozent der Wahlberechtigten auch die CDU/CSU, lediglich Anfang 2016 sackte dieser Anteil kurzfristig steil ab. Noch Ende 2017 und im Frühjahr dieses Jahres kamen die Unionsparteien für 44 beziehungsweise 42 Prozent der Wahlberechtigten bei der nächsten Abstimmung in Betracht. Genauso lagen die Potentiale der SPD – ebenfalls mit Ausnahme von 2016 – immer über 30 Prozent, so im März dieses Jahres noch bei 32 Prozent. Die Beziehung der Bürger zu den Volksparteien war noch von den jahrzehntelangen Bindungen geprägt, doch gelang es den Volksparteien immer weniger, diese Bindungen zu mobilisieren und ihre Potentiale auszuschöpfen.

Seit einigen Monaten sind jedoch diese lange Zeit weitgehend stabilen Potentiale geradezu erdrütschartig verfallen – bei der CDU/CSU seit März von 42 auf 34 Prozent, bei der SPD von 32 auf 23 Prozent. Die Auseinandersetzungen vom Sommer haben tiefe Spuren hinterlassen. Gegenläufig nahm der Anteil der Bürger, für die die Grünen bei der nächsten Bundestagswahl in Betracht kommen, von 25 auf 37 Prozent zu.

Immer mehr haben die Bürger den Eindruck, dass auch in Deutschland die Zeit der großen Volksparteien vorbei ist. Mittlerweile glauben dies 61 Prozent, nur noch 14 Prozent halten dagegen. Selbst wenn dieser Prognose das Argument entgegengesetzt wird, dass Unionsparteien und SPD immer wieder Schwächephasen hatten und sich danach wieder erholten, bleibt die Mehrheit bei ihrer Einschätzung, dass die Volksparteien nie wieder zu alter Stärke zurückfinden werden.

Gleichzeitig ist nur eine kleine Minderheit überzeugt, dass dies dem Land guttut. Ganze 15 Prozent vertreten diese Position, während 42 Prozent fürchten, dass

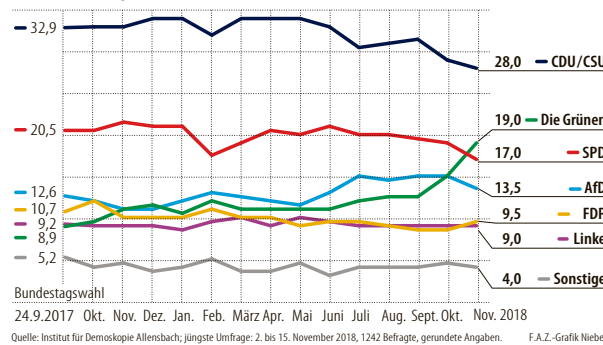
die Schwächung der Volksparteien für Deutschland negative Folgen haben wird. Politisch Interessierte sehen die Konsequenzen für das Land kritischer als Desinteressierte, Westdeutsche kritischer als Ostdeutsche, die über Fünfundvierzigjährigen mehr als die Jüngeren. Ein bemerkenswert großer Anteil – 43 Prozent – bezieht hier jedoch nicht Stellung oder traut sich kein eindeutiges Urteil zu.

Dies ist bemerkenswert, da die überwältigende Mehrheit sehr klare Vorstellungen von den Konsequenzen hat, sollte es

rungen sicher stellen konnten, gut gefahren ist und ihre Schwächung daher bedenklich. 47 Prozent meinen dagegen, dass eine Auffächerung des Parteienspektrums zu Lasten der Stärke der Volksparteien die Demokratie bereichert und den Wählern mehr Optionen bietet. In Ostdeutschland vertreten 57 Prozent diese Position, von den politisch Interessierten ebenfalls die absolute Mehrheit. Sehr differenziert sehen die verschiedenen Generationen diese Entwicklung: Von den Sechzigjährigen und Älteren, die über

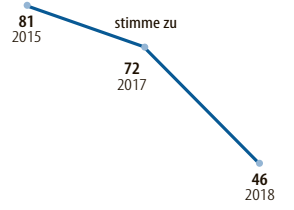
### Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)

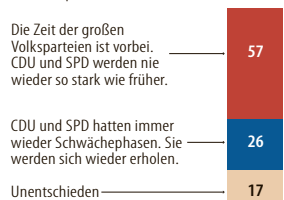


### Politische Stabilität und die Volksparteien

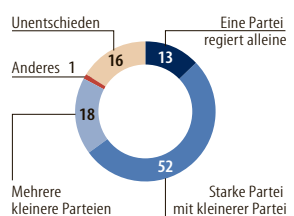
Politische Stabilität ist eine Stärke Deutschlands



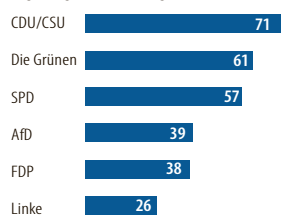
Skepsis in Bezug auf die Zukunft der Volksparteien



Welche Regierungskonstellationen finden Sie am besten?



Welche Partei möchte gerne Regierungsverantwortung übernehmen?



künftig in Deutschland keine starken Volksparteien mehr geben. So sind 76 Prozent überzeugt, dass eine Regierungsbildung immer schwieriger wird. 63 Prozent erwarten, dass bei Koalitionsverhandlungen immer mehr Kompromissbereitschaft notwendig sein wird. Die Mehrheit glaubt daher, dass es immer schwieriger wird, politische Reformen umzusetzen, dass extreme Parteien gestärkt werden und Koalitionen weniger stabil sind. In dieser Einschätzung stimmen Ost und West und auch die verschiedenen Generationen weitgehend überein.

Trotzdem schließen sich nur 40 Prozent der Wertung an, dass Deutschland in den letzten Jahrzehnten mit zwei starken Volksparteien, die über lange Zeit Regie-

jahrzehnte an starke Volksparteien gewöhnt waren, zieht die Mehrheit die Bilanz, dass Deutschland damit gut gefahren ist, von den unter Fünfundvierzigjährigen dagegen nur gut jeder Vierte. Bei der Mehrheit der Jüngeren sticht dagegen das Argument der Vermehrung politischer Optionen und die Überzeugung, dass dies die Demokratie bereichert.

Immer liegt der Anteil derer, die die Schwächung der Volksparteien mit Sorge sehen, um die 40 Prozent. Das gilt auch, wenn speziell die Entwicklung der SPD angesprochen wird. 39 Prozent der Bevölkerung bedauern die Schwächung der SPD, von den 60 Jahre Alten und Älteren 46 Prozent, von den unter Dreißigjährigen 28 Prozent.

Es ist bemerkenswert, wie viele Bürger zwischen der positiven Bewertung der Vermehrung politischer Optionen und der kritischen Einschätzung der Folgen für die Stabilität und die Handlungs- und Regierungsfähigkeit trennen. Die große Mehrheit erwartet konkrete Folgen der Schwächung der Volksparteien, die sie eigentlich nicht möchte, und trotzdem hält sich die Besorgnis über die weitere Entwicklung in Grenzen.

Besonders deutlich wird dieser Widerspruch bei der Einschätzung der künftigen Koalitionsmöglichkeiten. Die überwältigende Mehrheit glaubt nicht nur, dass die Regierungsbildung künftig schwieriger wird, sondern erwartet auch Koalitionen, die aus mehr Parteien bestehen als bisher. Zwei Drittel meinen, dass künftig mindestens drei Parteien für eine Regierungsbildung benötigt werden. Gleichzeitig entspricht dies nicht den Idealvorstellungen der Mehrheit. 52 Prozent halten eine Koalition aus einer großen Partei mit einem kleineren Partner für die beste Konstellation, 13 Prozent sogar die absolute Mehrheit einer Partei. Lediglich 18 Prozent präferieren eine Koalition aus mehreren Parteien, von denen keine dominiert. Bei dieser Frage sind sich Ost und West ebenso weitgehend einig wie die Generationen. Auch von den unter Dreißigjährigen und mehr noch den 30 bis 44 Jahre alten Menschen favorisiert die Mehrheit eine Koalition aus einem kleinen Partner und einer starken Partei oder sogar die Alleinregierung einer Partei.

Auch die Haltung zu einem neuen Versuch, eine Jamaika-Koalition zustande zu bringen, zeugt von der begrenzten Attraktivität komplexerer Bündnisse. Trotz der Kontroversen in der großen Koalition wünschen sich nur 20 Prozent der Bürger, dass an ihre Stelle ein Jamaika-Bündnis tritt. Auch von den Anhängern von Grünen und FDP kann sich nur eine Minderheit für diese Konstellation erwärmen. Von den Anhängern von SPD und CDU/CSU plädiert die Mehrheit für die Fortführung der großen Koalition bis zur nächsten Bundestagswahl.

Das „Jamaika“ kaum als akzeptable Alternative gesehen wird, hat auch mit dem Ausstieg der FDP am Ende der Ver-

„Jamaika“ ist nicht populär. Das liegt an der FDP, von der die meisten glauben, sie wolle jetzt nicht regieren.

handlungen zu tun. Bei den Bürgern ist anders als in Bezug auf die Grünen der Eindruck geblieben, dass die Liberalen zumindest im Augenblick keine Regierungsverantwortung anstreben. Nach dem Eindruck der Mehrheit gibt es zurzeit nur drei Parteien, die bereit sind zu regieren die CDU/CSU, die SPD und die Grünen. Während 61 Prozent der Bürger überzeugt sind, dass die Grünen regieren wollen, glauben dies von der FDP nur 38 Prozent. Selbst von deren Anhängern zweifelt die Mehrheit, ob ihre favorisierte Partei bereit ist, Verantwortung zu übernehmen.

Bei CDU/CSU und SPD zweifelt die Mehrheit zwar nicht an der Regierungsbereitschaft, aber an der Geschlossenheit, die eine wesentliche Voraussetzung für effizientes Regieren ist. Besonders die Unionsparteien werden zurzeit als völlig zerstritten wahrgenommen. 76 Prozent assoziieren sie mit häufigen innerparteilichen Konflikten, 53 Prozent fällen dieses Urteil über die Sozialdemokraten. Als am wenigsten zerstritten gelten FDP und Grüne, die von nur zwei bis drei Prozent mit innerparteilichen Kontroversen assoziiert werden. Damit sind die Grünen die einzige Partei, der zurzeit Geschlossenheit und Bereitschaft zur Übernahme von Regierungsverantwortung zugeschrieben werden. Dies ist eine wesentliche Ursache ihrer jüngsten Erfolge.

Zurzeit ist völlig offen, wie sich die politische Landschaft in den nächsten Jahren entwickeln wird. Diese Unsicherheit bedeutet nicht nur eine Belastung für Deutschland, sondern auch für Europa, das auf eine handlungsfähige, stabile und geschlossene deutsche Regierung wartet.